



Der Stadtverordnetenvorsteher  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 27.04.2012

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
am Mittwoch, 02. Mai 2012, um 17:30 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

## Tagesordnung I

1. **11-S-00-0016**  
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. **11-S-00-0017**  
Wahl der/des Vorsitzenden
3. **11-S-00-0018**  
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden

**4. 11-S-00-0019**

Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers

**5. 11-S-00-0020**

Wahl von Verwaltungsbediensteten zu weiteren Schriftführerinnen/Schriftführern

**6. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 31.1.2012 und 13.3.2012**

**7. 12-F-33-0047**

Soziale Bodennutzung nach dem Münchner Modell  
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.4.2012 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden steht wie viele Kommunen vor dem Problem, dass städtebauliche Planungen in der Regel mit großen finanziellen Belastungen verbunden sind. Darüber hinaus gestaltet sich die Auswahl geeigneter Flächen allein schon deshalb als schwierig, weil die planungsbedingte Wertsteigerung zunächst den Eigentümern der jeweiligen Grundstücke (den sog. „Planungsbegünstigten“) zu Gute kommt, die Kosten der Infrastruktur jedoch von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Dies benachteiligt die Kommune und wird obendrein als sozial ungerecht empfunden.

Die Landeshauptstadt München hat als Antwort auf diese Herausforderung bereits 1994 das Konzept der „Sozialgerechten Bodennutzung“ entwickelt. Dieses beruht auf der Grundüberlegung, dass die Planungsbegünstigten sich maßgeblich an den Kosten der technischen und sozialen Infrastruktur (Straßen, Grünflächen, Kindertagesstätten, Schulen, etc.) und den übrigen Planungskosten beteiligen. Darüber hinaus sind sie verpflichtet einen angemessenen Anteil des neuen Baulandes dem geförderten Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass den Planungsbegünstigten mind. ein Drittel des Bruttowertzuwachses verbleibt. Das Münchner Modell wurde inzwischen auch von anderen Kommunen, darunter Heidelberg und Stuttgart adaptiert.

Anders als in München existiert in Wiesbaden bislang kein Regelwerk. Es obliegt daher den Beteiligten - Stadtplanern, Investoren und Grundeigentümern - in jedem Einzelfall über die jeweilige Modalitäten zu verhandeln. Dies führte in der Summe zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen, Zeitverzögerungen und teilweise zu finanziellen Nachteilen der Landeshauptstadt Wiesbaden. Die Einführung des Münchners Modells könnte auch für Wiesbaden eine Möglichkeit sein, Planungsprozesse für Investoren und Stadtverwaltung kalkulierbar zu gestalten und das Gesamtverfahren erheblich zu beschleunigen.

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten,

- (1) über die wesentlichen Elemente, sowie die Vor- und Nachteile des Münchner Modells sowie anderer kommunaler Modelle zu berichten,
- (2) aufzuzeigen, ob und ggf. welche Besonderheiten für Wiesbadener zu berücksichtigen wären,
- (3) eine Einschätzung vorzulegen, ob die Einführung eines Konzepts der „Sozialgerechten Bodennutzung“ entsprechend des Münchener Vorbilds eine für Wiesbaden geeignete Lösung zur Verbesserung des Gesamtverfahrens wie auch einer gerechten Kostenverteilung sein kann.

## 8. 12-F-33-0040

Wahrzeichen Neroberg

- Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 30.3.2012 -

Der Neroberg ist der Hausberg Wiesbadens. Viele wichtige Wahrzeichen Wiesbadens finden sich hier, z.B. die „Griechische Kapelle“, die Nerobergbahn oder der Neroberg-Turm als Relikt des imposanten Neroberg-Hotels. Aber auch wertvolle Freizeiteinrichtungen wie das Opelbad oder der sich hervorragend entwickelnde Kletterwald finden über die Stadtgrenze hinaus Bedeutung.

*Der Ausschuss möge daher beschließen*

Der Magistrat wird gebeten,

1. Ein Nutzungskonzept für den Neroberg unter Einbeziehung der betroffenen kommunalen Ämter und Einrichtungen (z.B. mattiaqua, WIM, ESWE Verkehr usw.) zu erstellen. Ziel des Konzepts soll es sein, ein qualitativ verbessertes Angebot für die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, die touristische Bedeutung des Nerobergs zu stärken und die bis dato verteilten Zuständigkeiten, insb. Im Bereich der Gastronomie, ergebnisorientiert zu bündeln.
2. Vorschläge für ein in das Nutzungskonzept integriertes Gastronomie- beziehungsweise Restaurant-Konzept zu erstellen oder entwickeln zu lassen, welches der Bedeutung des Nerobergs als Wiesbadener Hausberg gerecht wird.

## 9. 12-F-03-0067

Neubau Brücke Flachstraße  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.3.2012 -

Das Regierungspräsidium in Darmstadt hat das Baurecht für den Neubau der beschädigten Eisenbahnbrücke in der Flachstraße erteilt. Der Baubeginn ist allerdings noch ungewiss, da - laut Lokalpresse vom 13.3. - ESWE-Verkehr abgelehnt habe, zuerst die Brücke zu bauen und dann die anderen Schäden auf der Gesamtstrecke zu beseitigen (Gesamtpaket von 4,2 Mio. Euro).

Dem Verein NTB droht die Insolvenz, da ohne Brücke kein touristischer Museumsbahnverkehr möglich ist und die Einnahmen durch den Ticketverkauf ausfallen. Der Verein berichtet, dass verkehrssichere Fahrten mit der Museumsbahn in langsamen Tempo auch bei dem derzeitigen Zustand der Gleise möglich sei, wenn die Brücke erst wieder hergestellt ist.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

auf ESWE-Verkehr in Kontakt zu treten mit dem Ziel,  
die Strecke schnellstmöglich für den Museumsverkehr wiederherzurichten.

Hierzu sind folgende Schritte erforderlich:

1. Es ist kurzfristig eine Analyse zur Verkehrssicherheit der Strecke für den Betrieb einer Museumsbahn, die mit einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h oder weniger fährt, zu erstellen.
2. Falls die Betriebssicherheit nicht gegeben sein sollte, ist in Zusammenwirken mit ESWE Verkehr zu prüfen, wie die Verkehrssicherheit der Strecke für den Betrieb einer Museumsbahn schnellstmöglich und mit minimalem Aufwand erreicht werden kann.
3. Die Eisenbahnbrücke in der Flachstraße ist schnellst möglich neu zu errichten. Falls weitere Maßnahmen für den Betrieb der Museumsbahn erforderlich sind, sind diese gleichfalls schnellstmöglich auszuführen.

## 10. 12-F-08-0051

Rheinanlagen zwischen Flößerdenkmal/Bastion von Schönborn und Lachebrücke/Maaraue  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.4.2012 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist bemüht das Rhein- und Mainufer von Schierstein bis Mainz-Kostheim weiterzuentwickeln als einen Raum der naturnahen Naherholung, für kulturelle und sportliche Aktivitäten, als Attraktion für Besucherinnen und Besucher der Landeshauptstadt Wiesbaden. Dazu dienen und dienen in der jüngsten Vergangenheit Maßnahmen im Rahmen der „Route der Industriekultur“, Projekte im Rahmen von „Soziale Stadt“, „Stadtumbau Kastel/Kostheim“ und eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen mit städtischen finanziellen Mitteln und Fördergeldern in erheblicher Höhe.

Durch den Wegfall von gewerblichen Nutzungen im Bereich des Kasteler Rheinufers haben sich dort neue Möglichkeiten der Gestaltung und Entwicklung ergeben. Für den Bereich zwischen Theodor-Heuß-Brücke und Bastion von Schönborn/Flößermuseum werden ganz aktuell Maßnahmen durchgeführt, die diesen Bereich des Museumsufers aufwerten sollen.

Im unmittelbar angrenzenden Bereich zwischen Flößerdenkmal und Lachebrücke/Maaraue könnte mit vergleichsweise geringem Aufwand die Entwicklung der dort vorhandenen Grünflächen bzw. Parkanlage eine deutliche Verbesserung erzielt werden.

Ein bedeutender Teil der in diesem Bereich befindlichen Fläche befindet sich (seit Jahren) im Eigentum der Gesellschaft Aurelis. Innerhalb dieser Fläche befinden sich abbruchreife Gebäude, die zeitweise von Obdachlosen genutzt wurden, zum Teil ausgebrannt sind und in bzw. auf denen seit geraumer Zeit zunehmend Müll abgelagert wird. Zum Teil handelt es sich um umwelt- und gesundheitsgefährdende Materialien, von denen insbesondere für Kinder und Jugendliche und die in den Rheinanlagen befindliche Tierwelt Gefahren ausgehen.

Vor mehreren Wochen fand mit dem Ordnungs- und Grünflächendezernat, der Ortsverwaltung und dem Ortsbeirat Mainz-Kastel ein Ortstermin statt, an der auch eine Vertreterin der Firma Aurelis teilgenommen und die Bereitschaft zur Veräußerung der Grünflächen an die Landeshauptstadt Wiesbaden bekundet hat.

Die Müllablagerungen wurden bislang allerdings nicht beseitigt, sondern werden mehr.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat möge

1. umgehend darauf hinwirken, dass die illegalen und gefährlichen Müllablagerungen beseitigt und die Gebäuderuinen abgebrochen werden, ggfs. durch Androhung von bzw. Einleitung von Ersatzvornahmen,
2. darlegen, welche Planungen er für diesen Bereich umzusetzen gedenkt,
3. berichten, wann der Magistrat welche Maßnahmen (Gespräche, Schreiben) ergriffen hat, um in den Besitz der besagten Flächen zu gelangen und
4. berichten, was der Magistrat wann nach dem Ortstermin am 3. April 2012 bezüglich dieses Bereiches veranlasst hat.

**11. 12-V-61-0008**

**DL 07/12-8, 06/12-15, ANLAGE**

Studie zur Gestaltung der Stadteingänge in der Landeshauptstadt Wiesbaden  
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 13.3.2012* -

**12. 12-F-03-0064**

Workshop Verkehrssituation Biebrich / Schierstein  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2.4.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 16. Juni 2011 beschlossen „zeitnah einen Workshop vorzubereiten und durchzuführen, der die Verkehrsprobleme in Biebrich / Hagenauer Straße thematisiert und Lösungsszenarien erarbeitet.“ (Beschluss Nr. 0255)

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Was versteht er unter zeitnah?

2. Wann wird der Workshop / Dialogrunde durchgeführt?

**13. 12-V-63-0006**

**DL 15/12-1 NÖ**

Wiesbaden-Biebrich, Äppelallee 69, Flur 5 Flurstück 217/2, Umbau und Erweiterung des bestehenden Einrichtungshauses XXXL-Mann Mobilia (Verkauf, Lager und Tiefgarage)

**14. 12-F-03-0062**

Tempo 30 Frauenstein

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2.4.2012 -

Wie kürzlich aus der Presse zu erfahren war, sind in Frauenstein auf der Kirschblütenstraße die Tempo 30-Schilder in einer „Nacht- und Nebelaktion“ entfernt worden. Es ist völlig unverständlich, dass das Tempolimit in der Kirschblütenstraße in Frauenstein von 30 km/h wieder auf 50 km/h erhöht wurde. Die Straße ist unübersichtlich und eng. Allein deshalb ist es notwendig, das Tempolimit beizubehalten. Die Anwohnerinnen und Anwohner müssen vor Gefahren, Lärm und Gestank geschützt werden. Auch der Ortsbeirat hat sich immer für eine Beibehaltung des Tempolimits ausgesprochen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten.

Das Tempolimit von 30 km/h auf der Kirschblütenstraße in Frauenstein wieder einzuführen.

**15. 12-F-03-0059**

Herstellung einer durchgängigen Fußwegverbindung über den Kirschenpfad zur Fasanerie  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2.4.2012 -

Durch die Renaturierung des Wellritzbaches und die teilweise Neuanlage des Kirschenpfades, vom Kurt-Schumacher-Ring bis zur Einmündung in die Lahnstraße, ist der gesamte Bereich erheblich aufgewertet worden. Trotz einiger negativer Begleiterscheinungen, wie Vandalismus und nächtlicher Gelage, ist die Entwicklung positiv.

Für die angrenzende Innenstadt, insbesondere das Westend, ist der Kirschenpfad ein willkommener „Fluchtweg“ in die Natur. Äußerst unbefriedigend ist jedoch das abrupte Ende des Weges bei Einmündung in die Lahnstraße kurz vor der Klostermühle (Phaistos). In diesem Bereich der stark befahrenen Lahnstraße existiert kein sicherer Fußweg bis zur Einmündung Klarenthalerstraße. Erst ab Alt-Klarenthal ist sowohl für Fußgängerinnen und Fußgänger als auch für Radfahrerinnen und Radfahrer wieder ein sicherer Weg vorhanden. Es fehlt also lediglich ein kurzes Verbindungsstück von der Klostermühle nach Alt-Klarenthal.

Wünschenswert wäre ein Weg abseits der Straße im Tal. Dieser Lückenschluss würde die Attraktivität der Wegebeziehungen aus der Innenstadt, insbesondere des Westends, hinaus in den Taunus enorm erhöhen und vor allem sicherer machen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten,

für eine sichere Fußwegverbindung Kirschenpfad in Richtung Fasanerie, von der Einmündung Lahnstraße bis Alt-Klarenthal, eine neue Wegführung zu erarbeiten und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

## 16. 12-F-03-0060

LKW-Durchfahrtsverbot

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.4.2012 -

In der Landeshauptstadt Wiesbaden soll zum 1. Dezember 2012 eine Umweltzone eingerichtet werden. Mit der Einrichtung der Umweltzone kann die Konzentration der Immissionen weiter gesenkt werden. Die Zufahrtsberechtigung haben dann nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 17.11.2011 beschlossen, nach erfolgreicher Prüfung und der Einführung einer Umweltzone ein LKW-Durchfahrtsverbot mit in das Maßnahmenpaket zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans aufzunehmen (Vorlage Nr. 11-V-36-0013, Beschluss Nr. 0472).

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten, mit Einrichtung der Umweltzone auch ein Durchfahrtsverbot schwerer Nutzfahrzeuge bei der Hessischen Landesregierung zu erwirken.

## 17. 12-F-03-0061

Bruchsteinmauer Louis-Buchelt-Straße

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.4.2012 -

Im Rahmen der Umgestaltung des Hofgartenplatzes in Sonnenberg soll die Trocken-/ Bruchsteinmauer an der Louis-Buchelt-Straße saniert und ein Stück in den Gehölzhang hinein verlagert werden. Um das Mauerbiotop zu erhalten und Eingriffe in den Gehölzhang zu vermeiden, sollte eine Sanierung möglichst ohne Komplettabriss und Verlagerung erfolgen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Experten für Trocken- und Bruchsteinmauern zu beauftragen, um die bestehende Mauer am Hofgartenplatz westlich der Louis - Buchelt -Straße im Hinblick auf Standfestigkeit und Reparaturmöglichkeiten zu untersuchen.

## 18. 12-F-03-0063

Trinkwassergewinnung - lokale Ressourcen sichern

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.4.2012 -

Wiesbadens Bevölkerung wird - z.B. laut Bevölkerungsvorausschätzung der Hessenagentur - in den nächsten Jahren noch leicht wachsen. Damit wird auch der Trinkwasserbedarf steigen. Zur Zeit stammt unser Trinkwasser zu ca. 40% aus dem Hessischen Ried, zu ca. 30 % aus Tiefstollen und Flachgewinnung in Wiesbaden und im Taunus sowie zu ca. 30 % aus dem Wasserwerk Schierstein. Wiesbaden ist also schon jetzt in hohem Maße abhängig vom Trinkwasserbezug aus dem Hessischen Ried.

Zur langfristigen Absicherung der Versorgung in Wiesbaden ist daher auch der dauerhafte Erhalt eigener Trinkwasser-Ressourcen erforderlich. Das erfordert entsprechende Investitionen in Anlagentechnik und Netzinfrastruktur. Mit der Aufgabe der Rheinwasseraufbereitung in Schierstein und kleineren Trinkwasser-Gewinnungsanlagen wie dem Graurod-Stollen in Dotzheim wurde dagegen in jüngster Vergangenheit die Versorgung aus eigenen Quellen weiter eingeschränkt und damit die Abhängigkeit vom Riedwasser erhöht.

Im Hessischen Ried verursacht die Wassergewinnung zudem erhebliche Wasserstandsschwankungen mit entsprechenden Schäden an Gebäuden und Vegetation – mittlerweile drohen ganze Waldbestände abzusterben. Der Verbrauch von Riedwasser sollte auch aus diesem Grund in Wiesbaden begrenzt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie hat sich der Trinkwasserverbrauch der Wiesbadener Privathaushalte und der Industrie- und Gewerbebetriebe in den letzten zehn Jahren entwickelt, welche Tendenzen sind beim Pro-Kopf-Verbrauch erkennbar? Gibt es diesbezügliche Prognosen und wenn ja, was sagen diese aus?
2. Wie hoch sind zur Zeit die Leitungsverluste?
3. Mit welchem zusätzlichen Trinkwasserbedarf ist durch das neue Siedlungsgebiet der US-Army in Erbenheim zu rechnen und aus welchen Quellen soll der erhöhte Bedarf gedeckt werden?
4. Wie wird sich die Zusammensetzung der Wiesbadener Trinkwasserversorgung durch den Neubau des Wasserwerks Schierstein und die damit verbundene Einstellung der Aufbereitung von Rheinwasser ändern?
5. Wieviel Wasser wird durch die Hessenwasser GmbH & Co.KG jährlich im Hessischen Ried insgesamt gefördert und wie hoch ist hier der Anteil der an Wiesbaden gelieferten Trinkwassermenge?
6. Welche Trinkwassergewinnungsanlagen auf Wiesbadener Stadtgebiet wurden seit 1945 aufgegeben und aus welchen Gründen ist das jeweils geschehen?
7. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, eigene Wiesbadener Trinkwasser-Ressourcen nachhaltig zu sichern oder stillgelegte Wassergewinnungsanlagen wieder zu reaktivieren?

## 19. 12-F-03-0066

Zugang Freizeiteinrichtungen Rettbergsaue  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.4.2012 -

Der fußläufige Zugang zur Rettbergsaue über die Schiersteiner Brücke ist für die Bürgerinnen und Bürger sowie die dort bestehenden Freizeiteinrichtungen unverzichtbar. Er ermöglicht als einzige Alternative zur Fährverbindung einen zeitlich unbegrenzten und kostenfreien Zugang. Gerade für Familien mit Kindern ist der kostenfreie Zugang zu den Freizeiteinrichtungen zu erhalten.



Erforderliche Maßnahmen zur Verkehrssicherung hätten vor Beginn der Brutsaison geplant und mit den dafür in einem Naturschutzgebiet erforderlichen Genehmigungen durchgeführt werden können. Eine Sperrung mit sofortiger Wirkung alleine aus Naturschutzgründen ist nicht nachvollziehbar, nachdem die Wegeverbindung lange Jahre toleriert wurde. Schließlich ist auch im Rahmen des Neubaus der Schiersteiner Brücke ein Zugang zur Insel geplant.

Daher erscheint es dringend notwendig, eine Neuabgrenzung des Naturschutzgebietes oder eine Novellierung der Verordnung aus dem Jahre 1984 vorzunehmen, die eine Wegeverbindung dauerhaft ermöglicht. Für die sofort unbedingt erforderlichen Maßnahmen zur Verkehrssicherung muss im Einvernehmen mit Hessenforst eine schnelle Lösung gefunden werden, die den Zugang kurzfristig wieder ermöglicht.

Auch die Ortsbeiräte von Schierstein und Biebrich fordern den freien und verkehrssicheren Zugang zur Rettbergsaue.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

einen tragfähigen Vorschlag zu erarbeiten, wie kurzfristig ein freier und verkehrssicherer Zugang zur Rettbergsaue über die Schiersteiner Brücke gewährleistet werden kann.

20. 12-F-03-0035 ANLAGE

Mehr Tempo für die Wi-Bahn  
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 13.3.2012* -

21. 11-F-33-0027 ANLAGE

Parkplatzsituation Welfenstraße / Berufschulzentrum  
- *Bericht des Dezernates IV 27.3.2012* --

22. Verschiedenes

## Tagesordnung II

1. 11-F-08-0063 ANLAGE

Sachstand Freigabe des Geländes "Kastel Storage Station" (ehem. "AFEX-Gelände) in Mainz-Kastel  
- *Bericht des Oberbürgermeisters vom 29.3.2012* -

2. 12-V-01-0005 DL 11/12-1

Jahresbericht 2011 des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden

3. **12-V-04-0009** **DL 15/12-1**  
Bericht zum zurückliegenden Fahrplanwechsel am 11.12.2011
  
4. **12-V-20-0011** **DL 16/12-2, 10/12-9**  
Investitionscontrolling 4. Quartal 2011
  
5. **12-V-40-0009** **DL 15/12-2, 14/12-5**  
Comeniusschule - Ausführungsvorlage zu Neubau, Sanierung, Umbau und Betrieb
  
6. **12-V-41-0002** **DL 14/12-6**  
Burg Sonnenberg; Sanierungsmaßnahmen und Nutzung
  
7. **12-V-52-0004** **DL 14/12-12**  
Sporthalle Berufsschulzentrum 2 - Sanierung der Schießsportanlage
  
8. **12-V-52-0007** **DL 15/12-3**  
Haus der Vereine Amöneburg
  
9. **12-V-61-0014** **DL 10/12-17**  
Touristisches Wegeleitsystem verbessern und erweitern
  
10. **12-V-63-0002** **DL 14/12-13**  
Wiesbaden, Fanny-Lewald-Straße 1 und 3, Gabriele-Münter-Straße 2 - Neubau eines Wohngebäudes mit Tiefgarage
  
11. **12-V-63-0003** **DL 14/12-14**  
Wiesbaden, Gabriele-Münter-Straße 1, 3, 5, Garla-Henius-Straße 7, 9, 11 - Neubau von 3 Wohngebäuden mit Ladengeschäft und Tiefgarage
  
12. **12-V-66-0301** **DL 10/12-18**  
Wiederherstellung von Wirtschaftswegen in Wiesbaden und AKK für 2012

**13. 12-V-66-0306** **DL 11/12-9**

Glarusstraße - Veranschlagung der Haushaltsmittel im Haushaltsplanentwurf 2012/2013 und Investitionsprogramm 2014/2015

**14. 12-V-66-0307** **DL 15/12-4**

Neue Anbindung des Restaurantschiffes Pieter van Aemstel an der Reduit in Mainz-Kastel

**15. 12-V-80-2302** **DL 14/12-2 NÖ**

Verkauf eines städtischen Grundstücks an die HSK Pflege GmbH

**16. 12-V-80-2304** **DL 11/12-1 NÖ**

Ankauf von landwirtschaftlichen Grundstücken in der Gemarkung Hochheim-Massenheim

**17. 12-V-80-2309** **DL 10/12-3 NÖ**

Erhöhung des Erbbauzinses auf einem Erbbaugrundstück der Gemarkung Dotzheim

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher